

Studie zur Rezeption des GovData Datenportals des BMI – zur Diskussion der Akzeptanz des „Open Data“-Konzepts

Georg Rainer Hofmann, Meike Schumacher

Zusammenfassung

Im Februar 2013 ist „GovData – Das Datenportal für Deutschland“, das von Fraunhofer Institut FOKUS (Berlin) im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren (BMI) entwickelt wurde, als Beta-Version in Betrieb gegangen. Im Sommersemester 2013 untersuchte eine studentische Arbeitsgruppe am Information Management Institut (IMI) der Hochschule Aschaffenburg in Kooperation mit Fraunhofer FOKUS, die Rezeption dieses Portals.

Ziel dieser Studie war es, auf Grundlage von Internetrecherchen und Experteninterviews, sowohl Kritiker und Kritikpunkte, als auch deren Adressaten zu ermitteln. Weiter wurden auf Grundlage dieser Ergebnisse Handlungsempfehlungen zur Erhöhung der Akzeptanz gegeben.

1 Akzeptanz von IT-Systemen im öffentlichen Raum

Die Frage nach der Akzeptanz von IT-Systemen – aktive Akzeptanz in Form von Erwerb und Nutzung, sowie passive Akzeptanz in Form von Duldung der Nutzung durch Dritte – ist im öffentlichen Sektor teilweise durch andere Parameter bestimmt als im privaten oder gewerblichen Sektor. Der Willensbildungsprozess zum Einsatz eines bestimmten IT-Systems ist oftmals an Interessen von politischen Parteien und ihren Mandatsträgern gekoppelt. Die Akzeptanz eines IT-Systems durch die Bevölkerung, aber auch die Transparenz des „Bürgerwillens“ und damit verbundene Erwartungshaltungen, wirken sich direkt auf die Reputation der Mandatsträger aus. Der erwartete Einfluss auf die Reputation spielt somit eine entscheidende Rolle – womöglich eine entscheidendere Rolle als die Frage nach dem eigentlichen Nutzwert.

aktiv / passiv	Bejahung, Zustimmung	Toleranz, Duldung
Kontext:	Entgelt, Aufwand	Zuzahlung, Entschädigung
Subjekt:	Individuen, Personen	Gruppen, Organisationen
Objekt:	Ideell: Konzepte, Prozesse	Materiell: Produkte, Verfahren

Abbildung 1: Begriffe im Kontext der Akzeptanz [HoSc14]

Einen nicht zu unterschätzenden Faktor stellt zudem die komplexe Verordnungs- und Beschaffungslage dar, die den Beschaffungsprozess im öffentlichen Sektor erschweren oder sogar verhindern kann. In der gewerblichen Wirtschaft wird die Akzeptanz eines IT-Systems unter anderem durch wirtschaftliche Aspekte gefördert. Eine Trade-Off-Betrachtung findet hingegen im öffentlichen Sektor kaum statt. Wird eine festgelegte Budgetobergrenze überschritten, ist dies ein Ausschlusskriterium und führt zur Nicht-Akzeptanz [HoHS07].

Die Wirtschaftsinformatik hat sich in den 30 Jahren von ca. 1980 bis 2010 im Sinne einer Schnittstellenfunktion zwischen der technisch ausgerichteten (Kern-) Informatik und der anwendungsorientierten Betriebswirtschaftslehre entwickelt [LackoJ]. Wir möchten meinen, dass die beiden zentralen Fragen technischer (nach der ingenieurmäßigen Gestaltung) und betriebswirtschaftlicher Art (nach den Nutzwerten der Anwendungen) einen klaren Schwerpunkt der Wirtschaftsinformatik im deutschsprachigen Raum bilden [HoSc13].

Zur Beurteilung technischer und ökonomischer Systeme in der Wirtschaftsinformatik sind Induktionsschlüsse aus beobachteten Phänomenen auf eine allgemeinere Erkenntnis („Wissenschaftliche Theorie“) weit verbreitet. Aus der „Theorie“ wird wiederum deduktiv (prädiktiv) auf neue oder künftige Phänomene geschlossen.

Wie Induktionsschlüsse und Deduktion genau zu gestalten sind, ist Gegenstand kontroverser (wissenschaftstheoretischer) Diskussion; eine Ausprägung ist die der Gestaltungsorientierten Forschung („design science research“) [Ösea10]. Speziell der POPPERSche Kritische Rationalismus lehnt die Induktion als eine Illusion ab, und bestreitet die Möglichkeit objektiven Erkenntnisfortschritts, ganz im Gegensatz zur „Objektiv Fortschreitenden Erkenntnis“ der HEGELSchen Dialektik.

Bei der Beobachtung von Verhaltensweisen von Personen – in den Sozialwissenschaften – sind die Induktionsschlüsse zum Teil schwierig, weil häufig nur quantitative, nicht eindeutige Aussagen („Teils-Teils-Aussagen“) vorliegen. Daher wird die Formulierung allgemein gültiger Gesetze des sozialen Verhaltens oft aufgegeben, zugunsten einer „quantifizierenden“ – quasi prosaischen – Darstellung.

Ein Ausweg aus dieser wenig befriedigenden Situation ist der Verzicht auf raum-zeitlich unbegrenzte „naturwissenschaftliche“ Theorien („grand theories“), zugunsten der „Theorien Mittlerer Reichweite“. Dieser Begriff wurde von MERTON 1949 begründet [Mert49] und den 1960er Jahren weiter ausgearbeitet. Die Theorien Mittlerer Reichweite gehen über die „Mikrotheorien“ der bloßen empirischen Beschreibung sozialer Verhaltensweisen hinaus und verfolgen einen subjektiv-interpretativen Ansatz, der auf der synoptischen Modellbildung auf Basis historisch-empirischer Beobachtungen gründet; man begnügt sich daher mit „lokalen“, räumlich und zeitlich begrenzten, Aussagen.

Die Aussagen der Theorien Mittlerer Reichweite sind weder als hochkomplex noch als trivial anzusehen.

2 Problembeschreibung und Herausforderung für die Forschung

„Unser Ziel ist klar: Wir wollen Daten der öffentlichen Hand möglichst umfassend und offen zur Weiterverwendung zur Verfügung stellen.“ – dieses ist die zentrale politische Aussage („mission statement“) auf der Startseite von www.govdata.de und bezieht sich auf sämtliche Daten, die von Bund, Ländern und Kommunen durch die öffentliche Hand erhoben werden.

Die Vorteile, die durch die Verfügbarkeit dieser Daten entstehen, sind unumstritten. Auf der einen Seite wird die Transparenz von politischen Handlungen enorm gesteigert. Dies hätte in der Vergangenheit dazu führen können, dass Projekte wie „Stuttgart 21“ oder der „Flughafen Berlin Brandenburg“ sich nicht zu einer politischen und monetären Katastrophe entwickelt hätten. Einen weiteren Vorteil stellt das Innovationspotenzial dar, welches sowohl für private als auch gewerbliche Nutzer entsteht. Öffentliche Daten können der Grundstein für das Entwickeln von Anwendungen und Dienstleistungen sein.

Im Februar 2013 wurde „GovData – Das Datenportal für Deutschland“, welches durch das Bundesministerium des Innern im Auftrag vom Fraunhofer Institut Offene Kommunikationssysteme FOKUS entwickelt wurde, in der Betaversion gelauncht. Andere Länder hatten es vorgemacht und Deutschland wollte folgen: Beispielsweise in Großbritannien und den USA ist die Bewegung in Richtung Open Government schon länger kein neues Thema mehr und in Folge dessen auch schon wesentlich weiter fortgeschritten und akzeptiert.

Im Vergleich zu den Erfolgen in anderen Ländern, ist die Situation in Deutschland aber (noch) eine ganz andere: Zunächst ist zu sagen, dass das Projekt GovData grundsätzlich auch in Deutschland begrüßt wird. Durch Steuergelder erhobene Daten stehen den Bürgern zu, so eine verbreitete Meinung. Die Transparenz von politischen Plänen und Entscheidungen sollte durch die Veröffentlichung von Daten gesteigert werden, eine andere. Sowohl aus der Politik, von privaten Personen, als auch von gewerblich Tätigen stammen solche Aussagen.

Doch wie steht es mit der allgemeinen Akzeptanz des – an sich – bedeutenden und fortschrittlichen Projekts? Schon eine einfache Google-Suche (im März 2013) nach dem Begriff „GovData“ zeigt auf, dass es ein erhebliches Maß an Kritik gibt. Gleich das zweite Suchergebnis nach dem GovData Portal selbst, ist die Homepage „not-your-govdata.de“. Hierbei handelt es sich

um eine durch die Open Knowledge Foundation Deutschland e. V. realisierte gemeinsame Erklärung inklusive einer Unterschriftensammlung, welche eine Reihe von Kritikpunkten zu dem Portal enthält. Die Kritik richtet sich dabei vor allem an gesetzliche Grundlagen und technische Standards.

Eine grundlegende Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung der Open Government-Strategie, und des GovData Portals selbst, ist eine überwiegend flächendeckende Akzeptanz von Bevölkerung, Politik und Wirtschaft. Die Politik darf es daher nicht versäumen, sich mit geäußerten Kritiken zu befassen und für diese mögliche Lösungen und Kompromisse zu finden.

3 Vorgehensweise bei der Ermittlung der derzeitigen Akzeptanz

Im Sommersemester 2013 nahm sich eine studentische Arbeitsgruppe, unter der Leitung von Prof. Dr. Hofmann, und in Kooperation mit Fraunhofer FOKUS und dem BMI, der Frage nach der Akzeptanz des GovData-Portals an. Mit Hilfe von Internetrecherchen und Experteninterviews sollten Kritiker, Kritikpunkte, sowie deren Adressaten identifiziert werden. Ziel war es, auf Grundlage dieser Ergebnisse, eine Reihe von Handlungsempfehlungen und Vergleiche anzustellen. Im folgendem sollen einzelne Schritte dieser Arbeit erläutert werden.

Zunächst ist es erforderlich die einzelnen Gegner und Befürworter des Gov-Data Projektes zu identifizieren. Auch die Zuordnung zu deren Herkunft, wie beispielsweise einer politischen Partei oder der Zugehörigkeit einer Vereinigung, sind von Bedeutung. Weiter müssen die jeweiligen Argumente ergründet, nachvollzogen und auch die Beweggründe, diese öffentlich zu machen, erörtert werden. Zusätzlich denkbare Argumente sind in diesem Schritt ebenfalls zu sammeln und zuzuordnen. Auch die jeweiligen Adressaten der Kritikpunkte sind essenziell. Es stellt sich die Frage, ob durch sie beispielsweise die technischen oder die politischen Akteure angesprochen werden.

Im nächsten Schritt gilt es zu erörtern, in wie weit sich Argumente gegenseitig neutralisieren. Dies soll geschehen, um wirkliche Probleme von Missverständnissen oder gar Fehlinterpretationen zu unterscheiden. Was für den Einen ein Problem darstellt, ist für den Anderen unter Umständen vollkommen nachvollziehbar und sogar unumgänglich.

In der Analyse der Meinungslandschaft ist es erforderlich, den jeweiligen Grad der Organisation, aus denen die Kritik stammt, zu bewerten. Handelt es sich um ein Individuum oder eine einflussreiche Organisation, die sich aus

Fachleuten auf politischer oder technischer Ebene zusammensetzt? Diese Bewertung hat maßgeblichen Einfluss darauf, wie „ernst“ man vorgebrachte Argumente nehmen muss bzw. welche Handlungen seitens der Regierung möglichst schnell und konsequent umzusetzen sind. Weiter ist es in diesem Punkt notwendig, festzustellen auf welche Resonanz die angebrachte Kritik bislang gestoßen ist. Werden vorgebrachte Argumente überhaupt von den richtigen Empfängern wahrgenommen und wenn ja in welcher Form? Gibt es angemessene Reaktionen auf diese?

Ein weiterer wichtiger Punkt stellt die Analyse der erwarteten Folgen dar, die sich aus der öffentlichen Diskussion und der vorgebrachten Kritik ergeben. Es sollte erwartet werden, dass das von der Öffentlichkeit gegebene Interesse und die daraus resultierenden Kritiken, maßgeblich Einfluss auf die Entwicklung des GovData Portals haben. Aber ist das wirklich so? Oder verkommt das gesamte Projekt, aufgrund von mangelndem Interesse seitens der Politik, zu einem Randthema? Hier ist zu beobachten, wer sich aus welchen Gründen der Thematik annimmt, und wer nicht.

Da es sich bei der aktuellen Fassung des GovData Portals lediglich um die Betaversion handelt, ist es wichtig die bestehenden Argumente, soweit dies möglich ist, an die technische Ebene des Portals zu adressieren. Dies hätte zur Folge, dass konstruktive Kritik direkt zur Weiterentwicklung des Portals beiträgt. Weiter sind Argumente die sich entgegen der Meinung von Kritikern, eher an gesetzliche Gegebenheiten als an die technische Funktionalität richten, den entsprechenden Empfängern zuzuordnen.

4 Ergebnisse der Studie und Handlungsempfehlungen

Bereits zu Beginn dieser Studie zeigte sich im Rahmen der ersten Recherchen, dass die technische und rechtliche Entwicklung der Beta Version einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Diese Vermutung bestätigte sich bei Betrachtung der Kritikerlandschaft sowie in weitergehenden Experteninterviews. Als eine zentrale Erkenntnis lässt sich festhalten, dass die rechtliche und technische Entwicklung zwar wichtig ist, jedoch ohne eine Betrachtung der sozio-ökonomischen Begleitumstände kaum sinnvoll ist.

4.1 Steigerung der spezifischen Bekanntheit

Die aktuelle Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit dem GovData Portal hat aufgezeigt, dass bisweilen ein zu allgemeiner und Zielgruppen-unspezifischer Ansatz verfolgt wurde.

Es könnte ein Zielkonflikt zwischen den Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit für die kommunale Ebene, welche somit die Seite der Datenbereitsteller darstellt, und deren für Datennutzer ausgearbeitet werden. Es ist hinsichtlich einer optimalen öffentlichen Kommunikation von hohem Wert, diese in weiterführenden Vorgehensweisen zu trennen und für die spezifischen Bereiche singular anzuwenden. Im Bereich der Datenbereitsteller ist es vorrangig von Nutzen, in Zukunft weitaus höhere Aufklärung zu leisten, um dem Aufbau von Ängsten und Barrieren vorzubeugen. In der breiten Öffentlichkeit konnte das Thema GovData nach aktuellem Kenntnisstand kaum zu Kenntnis gelangen, wobei es mit Blick auf höhere politische Anteilnahme unweigerlich von Nutzen wäre, wenn es hierzu kommen würde. Somit kann ein „Aufsplitten“ der Öffentlichkeitsarbeit in zwei Bereiche in der jeweilig spezifischen Zielgruppe zum Vorteil werden.

4.2 Die Community als akzeptanzbildende Maßnahme

Als Marketinginstrument spielt die „Community im Web 2.0“ eine entscheidende Rolle. Kunden, Lieferanten, Entwicklern und dem Unternehmen selbst dient sie als wichtiges Kommunikationsinstrument. Es können beispielsweise Erfahrungen ausgetauscht, Verbesserungsvorschläge gemacht, die Kundenzufriedenheit überprüft und die Zusammenarbeit verschiedenster Akteure herbeigeführt werden. Dabei kann eine Community auf verschiedenen Plattformen aufgebaut und vernetzt werden.

Die Vorteile einer solchen Community liegen dabei auf der Hand: Kunden können sich durch aktives Kommunizieren besser mit einem Produkt identifizieren. Dieser Effekt bindet die Kunden in den meisten Fällen längerfristig an ein Produkt oder an das herstellende Unternehmen. Darüber hinaus führt eine große und aktive Community dazu, dass immer mehr potenzielle Kunden informiert und somit gewonnen werden können. Auch der Bekanntheitsgrad kann auf diese Weise gesteigert werden. Fachleute und Presse beginnen sich mit neuen Themen zu beschäftigen und werden unter Umständen über Entwicklungen innerhalb der Community oder des Produktes selbst berichten. Auch eine möglichst schnelle Reaktion auf Anfragen oder das flächendeckende Verbreiten von Neuigkeiten ist über die Community kein Problem mehr.

4.2.1 Case-based Evidence: Der Fall der DATEV Community

Der Methode der Case-based Evidence (dt. Fall-basierter Nachweis [Wiki14]) liegt die Annahme zu Grunde, dass sich bestimmte menschliche Verhaltensmuster (auch im Sinne von „Einstellungen“ und „Grundhaltungen“), insbesondere hinsichtlich der Akzeptanz von Systemen, technischen Vorrichtungen und Verfahren, von einer Reihe von gegebenen Problemstellungen auf eine andere, aktuelle, Problemstellung übertragen lassen [HoSc14]. Ziel ist es da-

bei, aus einem bereits funktionierenden System zu lernen und Rückschlüsse daraus für die eigene Problemstellung zu ziehen.

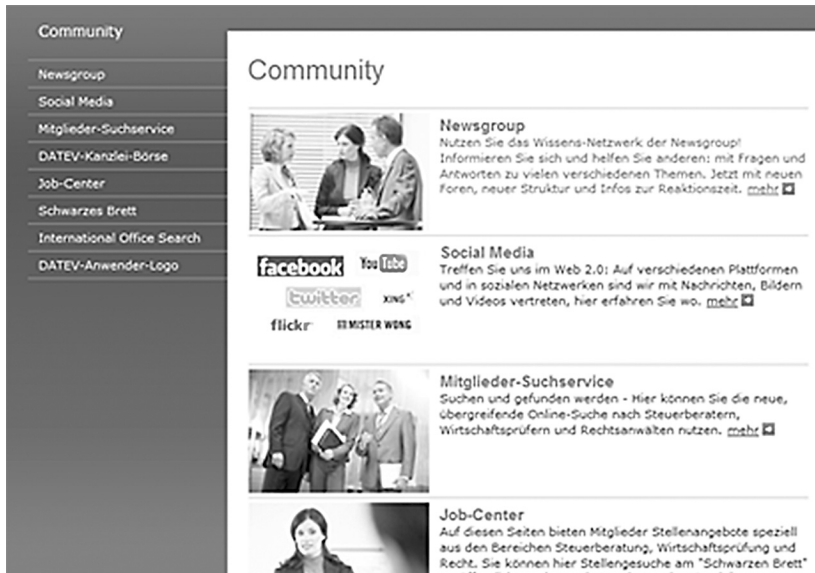


Abbildung 2: Case-based Evidence: Das Beispiel der GovData-Community [Brea13]

Es wurden die Funktionen und die Vorteile einer Community, am Fallbeispiel der DATEV – ein Dienstleister welcher Softwarelösungen und IT-Dienstleistungen für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und Unternehmen anbietet – identifiziert. Wie in der Abbildung 2 zu erkennen ist, bietet die DATEV ein umfassendes Angebot zur Kommunikation für Nutzer und Interessierte. Unter anderem wird dabei nicht nur auf einen klassischen Blog, sondern auch auf diverse Social Media Angebote, eine Job-Börse sowie ein „Schwarzes Brett“ verwiesen. Dabei lassen sich die unterschiedlichen Community Angebote zu diversen Zwecken nutzen.

4.2.2 „Modell einer GovData-Community“

Überträgt man nun die aufgezählten Vorteile einer solchen Community auf den Fall des GovData Portals, so stellt man fest, dass sich die Einführung eines solchen, durchaus positiv auf die derzeit herrschende Akzeptanz auswirken könnte. Es wäre die Möglichkeit Akteure aus allen verschiedenen Interessensgruppen, durch die Einführung einer offiziellen „GovData-Community“, gezielt miteinander zu vernetzen und die Diskussion rund um das Portal, auf dem Portal zu vereinen. Dieser „Think-Tank“ könnte Diskussionen rund um

Chancen vs. Risiken, Lob vs. Kritik, eine Plattform geben. Grundsätzlich lassen sich positive Effekte in den Bereichen Information und Kommunikation, Entwicklung und der Gewinnung von neuen Interessenten und Nutzern erzielen.

So ist es zukünftig wichtig, das Umfeld, was Datenbereitsteller, Nutzer, Kritiker und weitere systemimmanente Gruppen umfasst, in die Entwicklung des Portals mit einzubeziehen. Eine konkrete Handlungsempfehlung ist, eine Bildung dieser Community rund um das Portal aufzubauen. Themen die in besonderem Maße auf einen emotionalen, sozialen und ökonomischen Hintergrund rund um das GovData Portal eingehen und Vorschläge geben diesen aufzubauen sollten noch einmal verdeutlicht werden.

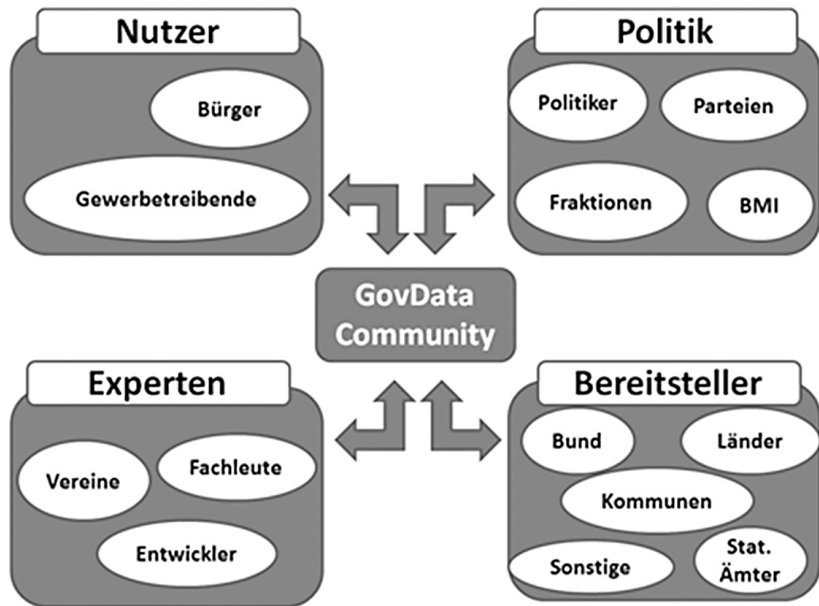


Abbildung 3: Modellhafte Darstellung der GovData-Community [Brea13]

4.2.3 Case-based Evidence: Die Analogie zum E-Commerce

Es kann eine Analogie zu „E-Commerce“-Szenarien gesehen werden: Der Bereich des E-Commerce kann partiell als Analogie zum GovData Portal herangezogen werden. So können Tools rund um die Evaluation sinnvoll Anwendung finden, und Datenmaterial, Nutzer sowie der Datenbereitsteller bewertet werden um eine Community aufzubauen. Des Weiteren können Vergleiche zwischen dem Datenportfolio des GovData Portals sowie das Artikelportfolios von bekannten E-Commerce Plattformen Sinn machen.

4.3 Themen rund um die Lizenzierungsfragen

Die Lizenzstrukturen müssen thematisiert werden: Die Kausalität zwischen verschiedensten Kritiken und der Thematik rund um die Lizenzstruktur haben gezeigt, dass rund um dieses Thema weiterer Handlungsbedarf besteht. Die Schlagwörter „Übersichtlichkeit“ und „Transparenz“ für Nutzer als auch für Datenbereitsteller haben sich dabei besonders hervorgehoben. Aus diesem Grund ist für die zukünftige Entwicklung des Portals von elementarer Wichtigkeit die Lizenzstruktur für den Nutzer zu vereinfachen. Dies kann durch eine Änderung dieser Struktur als auch durch eine transparentere Gestaltung für den Nutzer erreicht werden (eine Kombination ist ebenfalls möglich). Ein weiterer Meilenstein ist eine stärkere Einbeziehung und Information der Datenbereitsteller. Tools wie ein Datenbereitsteller-Portal können sich hier wie bereits angesprochen als besonders effektiv erweisen.

5 Offene Fragen und Gegenstand weiterer Arbeiten

Abschließend ist zu sagen, dass mit dieser Studie die sozio-ökonomische Thematik rund um die Akzeptanz des Government Data Portals „GovData“ lediglich tangiert werden konnte. Künftig ist dieses Thema weiter zu „verwichtigen“ und ausführlicher zu betrachten, um den beschrittenen Weg erfolgreich weiter zu gehen und das nächste Ziel, die vorliegende Beta-Version des Portals in ein permanent und nachhaltig akzeptiertes Portal für deutsches Government Data zu führen, zu verwirklichen.

Vergleichbar mit dieser Arbeit wurden und werden am Information Management Institut der Hochschule Aschaffenburg auch zu weiteren Fragestellungen die öffentliche Wahrnehmung und die Akzeptanz von Systemen und Verfahren analysiert. Hier ist beispielsweise ein Beitrag zur Akzeptanzstudie „Erneuerbare Energien“, der in Kooperation mit der Energiegenossenschaft Odenwald eG im Frühjahr 2014 durchgeführt wurde, zu nennen. In dieser Arbeit wurde eine Taxonomie der Windenergie im Odenwald mit pro und contra-Argumenten der unterschiedlichen Akteure aufgestellt und in Interviews evaluiert.

Besondere Aufmerksamkeit hat die Aschaffener Studie des IMI zur „Akzeptanz von Cloud Computing“ erfahren. Ziel der Studie zur Akzeptanz des Cloud Computing [HoSc14] des IMI und des EuroCloud Deutschland_eco e. V. war es, operativ umsetzbare Maßnahmen zu entwickeln, die zur Reduzierung der mangelnden Marktakzeptanz des Cloud Computing nützlich sind. Diese mangelnde Marktakzeptanz wiederum schien mangelnder technischer Betriebssicherheit und Datensicherheit, sowie rechtliche Fragestellungen, geschuldet zu sein.

Wie der Vergleich mit anderen, isomorphen Fällen (Akzeptanz von Premium-PKW, Bankprodukten, DATEV eG) zeigte, relativieren sich einige Aspekte (wie technische Features, oder auch der Kaufpreis), die zurzeit in der Diskussion um IT-Infrastruktur-Produkte und -Dienstleistungen (zu denen auch das Cloud Computing zu zählen ist) als bedeutsam angesehen werden, als nicht verkaufsentscheidend. Stattdessen wäre es förderlich, das Vertrauen der Käufer und Nutzen weiter zu stärken, durch wesentliche Faktoren wie

- Potenzielle Informationstransparenz – Kunden haben die Möglichkeit, Informationen über das Produkt und den Herstellungsprozess in Erfahrung zu bringen
- Aufklärung der Kunden zum Reifegrad der Technik – dies erfordert eine konsequente Ausbildung der Kunden zu einem Produkt
- Aufbau von Geschlossenen Kundengruppen – eine bestimmte Qualifikation ist Voraussetzung, Kunde werden zu können, also kann nicht jeder Kunde werden
- Einrichtung öffentlicher Gewährleistungen und Haftungsverschiebungen – wie man sie etwa aus dem Bereich der Sparkassen und Genossenschaften kennt
- Psychologie des „Transfers“ von Sympathie und der Seriosität auf das IT-System
- Reduktion der Diskussion um Systempreise und technische Details.

Es ist für die IT-Branche wohl unumgänglich für ihre IT-Infrastruktur-Produkte und -Dienstleistungen eine „Vertrauenskultur“ aufbauen, um die Akzeptanz der privaten wie auch gewerblichen Kunden – sowie der öffentlichen Meinung – auf Dauer zu gewinnen. Dieses Unterfangen wird durchaus eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen und lässt sich nicht „erzwingen“, es kann aber durchaus mit Hilfe der im Projekt identifizierten Maßnahmen positiv beeinflusst und in die richtige Richtung geleitet werden [HoSc13].

Literaturverzeichnis

- [Brea13] *Brenner Thomas, Dudda Jan-Henrik, et al.*: „Studie zur Rezeption des Gov-Data Datenportals“, Studentische Seminararbeit, Information Management Institut IMI (Prof. G. R. Hofmann), Hochschule Aschaffenburg, 2013.
- [Hart11] *Hartmann Martin*: Die Praxis des Vertrauens. suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2011
- [HoHS07] *Hofmann Georg Rainer, Holdenrieder Judith, Schürmann Gerd*: Verbesserung der Akzeptanz von „Wirtschaftlichkeit“ im eGovernment durch ein integriertes Wirtschaftlichkeitsmodell, Fraunhofer FOKUS, Berlin, 2007.
- [HoSc12] *Hofmann Georg Rainer; Schumacher Meike*: Studie zur Akzeptanz von Cloud Computing. EuroCloud Deutschland_eco e.V., Köln, Wien, 2012.

- [HofS12] *Hofmann Georg Rainer; Schumacher Meike*: Untersuchungen zur Akzeptanz von Cloud Computing. Online verfügbar unter: http://www.isis-specials.de/profile_pdf/1h005_ed_saas0112.pdf, Abruf am 07.12.2012.
- [HoSc13] *Hofmann Georg Rainer; Schumacher Meike*: Abschätzung der Akzeptanz von IT-Systemen mittels Methoden der Case-based Evidences und Qualifizierten Experteninterviews – ein Metathema der Integration und Konnexion. In: Integration und Konnexion, Tagungsband zur AKWI 2013, Verlag News und Media, Berlin, 2013
- [HoSc14] *Hofmann Georg Rainer; Schumacher Meike*: Studie zur Akzeptanz von Cloud Computing – Neuauflage 2014. EuroCloud Deutschland_eco e.V., Köln, 2014.
- [KiHe06] *King William R.; He Jun*: A meta-analysis of the technology acceptance model. Elsevier Science Publishers B. V., Amsterdam, 2006
- [LackoJ] *Lackes Richard*: Wirtschaftsinformatik. Gabler Verlag (Hrsg), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Wirtschaftsinformatik, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/75122/wirtschaftsinformatik-v5.html>
- [Litf00] *Litfin, Thorsten*: Adoptionsfaktoren – Empirische Analyse am Beispiel eines innovativen Telekommunikationsdienstes, Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden, 2000
- [Mert09] *Mertens Peter*: Was ist Wirtschaftsinformatik. In Kurbel Karl; Brenner Walter, et al. (Hrsg): Studienführer Wirtschaftsinformatik 2009 | 2010, Gabler Verlag, online abrufbar unter: http://www.wirtschaftsinformatik.de/index.php;do=st_de/site=wi/sid=114601978050bb2f9eaf739493944205
- [Mert49] *Mertons R K*: Social theory and social structure, Free Press, New York, 1949
- [Ösea10] *Österle Hubert et al.*: Memorandum zur gestaltungsorientierten Wirtschaftsinformatik. Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 6, 62, pp. 664 – 672, 2010
- [Toma10] *Tomasello Michael*: Warum wir kooperieren. suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2010
- [Wiki14] Wikipedia-Artikel zum Stichwort „Case-based Evidence“, http://de.wikipedia.org/wiki/Case-based_Evidence, abgerufen am 18. Juli 2014

Kontakt

Prof. Dr. Georg Rainer Hofmann
 Hochschule Aschaffenburg, Information Management Institut IMI
 Würzburger Str 45, 63743 Aschaffenburg
 T +49 6021 4206-700, Georg-Rainer.Hofmann@h-ab.de

Dipl.-Betriebswirtin (FH) Meike Schumacher
 Hochschule Aschaffenburg, Information Management Institut IMI
 Würzburger Str 45, 63743 Aschaffenburg
 T +49 6021 4206-746, meike.schumacher@h-ab.de